

## **Vorlage**

an den

### **Rat der Stadt Helmstedt über den Verwaltungsausschuss und den Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung**

#### **Reaktivierung des Präventionsrates in der Stadt Helmstedt; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP/Bürgerforum und SPD**

Durch Ratsbeschluss vom 16.07.1998 ist in der Stadt Helmstedt ein Präventionsrat gebildet worden. Mitglieder waren (bzw. sollten sein) der Dezernent II als Vorsitzender, der Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes, ein Vertreter der Polizei, ein Vertreter des Landkreises (Jugendamt), ein Vertreter des Amtsgerichts, ein Vertreter der Staatsanwaltschaft (diese hat Teilnahme von vornherein angelehnt) und drei Vertreter der seinerzeit im Rat vertretenen Fraktionen.

Nachdem in den ersten Jahren rege Aktivitäten zu verzeichnen gewesen waren (regelmäßige Treffen, Bildung von zwei Arbeitskreisen mit externen Mitgliedern) sind diese ab 2003 massiv zurückgegangen und schließlich seit 2010 gänzlich eingeschlafen.

Ausgehend von einem Workshop zum Thema „Vandalismus in der Innenstadt“ ist das Thema im Jahre 2012 wieder in den Fokus gerückt. In der Folge hat man sich im ASO verständigt, eine Reaktivierung des Präventionsrates in Erwägung zu ziehen. Es haben dann ein Vortrag einer Vertreterin des Landespräventionsrates und eine Bereisung einiger Ausschussmitglieder zu zwei aktiven Präventionsräten in Burgwedel und Isernhagen stattgefunden. Nach Auswertung der dabei gewonnenen Erkenntnisse ist ausgehend von einer Tischvorlage und einer sich anschließenden Diskussion im ASO am 18.06.2015 über den Ausschussvorsitzenden Norbert Dinter der in der Anlage beigefügte gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP/Bürgerforum und SPD gestellt worden. In der Diskussion ist darüber hinaus deutlich geworden, dass es einhellige Meinung des ASO ist, den Präventionsrat zunächst einmal anlaufen zu lassen und sich dann innerhalb des Gremiums konkretere Gedanken über die zukünftigen Handlungsschwerpunkte zu machen.

Aus Sicht der Verwaltung sind die Reaktivierung an sich und auch die gewünschte Vorgehensweise nicht ganz unproblematisch.

Ein konkretes, unabweisbares Bedürfnis für einen Präventionsrat wird objektiv nicht gesehen. Unabhängig davon gibt es aber natürlich auch in der Stadt Helmstedt Problemfelder, denen sich ein engagierter Präventionsrat widmen könnte. Eine „Neuaufgabe“ macht aber nur Sinn, wenn die Arbeit des Präventionsrates (von Anfang an) mit Leben gefüllt wird. Insbesondere die Erkenntnisse, die bei der o. g. Bereisung gewonnen werden konnten, könnten für eine effektive Ausgestaltung gute Ansatzpunkte sein. Dabei darf aus Sicht der Verwaltung aber nicht verkannt werden, dass in den bereisten Städten offensichtlich zunächst das „Wollen der Akteure“ und nicht eine politische Vorgabe im Vordergrund stand.

Vor diesem Hintergrund sollte aus Sicht der Verwaltung zunächst geklärt werden, ob die gewünschten Akteure überhaupt bereit sind, sich (möglichst auch mit Engagement) an der Arbeit eines Präventionsrates zu beteiligen und auch wer ggf. entsendet (Vertreter Schülerschaft?, Vertreter Lehrerschaft?). Vor einer solchen Klärung/Abfrage wäre es jedoch sinnvoll, die Handlungsfelder genauer zu skizzieren, da nur in diesem Wissen eine konkrete Aussage der Betroffenen zu erwarten ist.

Darüber hinaus stellt ein Präventionsrat eine freiwillige Leistung der Kommune dar. Von der finanziellen Größenordnung her wären hier die Personalkosten für die hauptamtliche Betreuung (gem. Antrag durch das Büro des Rates) und ein gewisses Budget (gem. Antrag z. B. 300 €) zu nennen.

Eine engagierte und zielgerichtete Arbeit des zukünftigen Präventionsrates vorausgesetzt, wird nach vorsichtiger Schätzung für die administrative Betreuung durchschnittlich mindestens 2 Stunden wöchentlich erfordern. Nach dem Personalkostenschlüssel der KGST wären dafür für eine A 9 – Kraft rd. 4.500 € (5 % von 90.640 €) zu veranschlagen (die beratende Tätigkeit eines Vertreters aus dem FB Sicherheit und Ordnung ist dabei nicht berücksichtigt). Beim Finanzbudget ist eine Größenordnung von nur 300 € pro Jahr nicht realistisch, wenn man effektiv arbeiten und möglicherweise noch externe Projekte unterstützen möchte. Gerade in der Anfangsphase wird man für Informationsveranstaltungen, Schulprojekte, Broschüren und sonstige Werbemaßnahmen, Referentenkosten (einschl. Fahrtkosten) und dergleichen einen erheblich höheren Betrag bereitstellen müssen. Wir gehen hier von mindestens 2.000 bis 3.000 € aus.

Dem Antrag entsprechend soll die Amtszeit des „neuen“ Präventionsrates der Kommunalwahlperiode entsprechen, was aus Sicht der Verwaltung sinnvoll ist. Da die derzeitige Wahlperiode bekanntlich am 31.10.2016 ausläuft und die Stadt Helmstedt ab 01.11.2016 einer Fusion mit den Gemeinden der Samtgemeinde Nord-Elm entgegensieht, sollte die endgültige Entscheidung bis zur Konstituierung des neuen Rates aufgeschoben werden. In der Zwischenzeit sollten im derzeitigen ASO die konkreten (vorläufigen) Handlungsfelder festgelegt werden und es sollte im Anschluss daran Kontakt zu den gem. Antrag vorgesehen zukünftigen Mitgliedern aufgenommen und um eine engagierte und konstruktive Mitarbeit geworben werden.

Insofern ergeht folgender

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Helmstedt steht einer effektiven Neuauflage des Präventionsrates grds. offen gegenüber. Eine endgültige Entscheidung wird - mit oder ohne Fusion - zu Beginn der kommenden Legislaturperiode durch den neuen Rat getroffen.
2. In der Zwischenzeit werden im derzeitigen ASO die konkreten (vorläufigen) Handlungsfelder festgelegt und es erfolgt auf dieser Grundlage eine Kontaktaufnahme zu den zukünftig vorgesehenen Mitgliedern, wobei um eine engagierte und konstruktive Mitarbeit geworben wird.

gez. Schobert

(Wittich Schobert)

Anlage

Der Rat der Stadt Helmstedt möge beschließen:

In der Stadt Helmstedt wird ein Präventionsrat eingerichtet. Dieser hat zum Ziel, Initiativen im Bereich Gewalt, Suchtprävention, Medienkompetenz, Integration, Inklusion u.v.m. bei der Präventionsarbeit zu unterstützen und Strategien zu entwickeln, um Risiken und Problemfeldern langfristig entgegenzutreten zu können.

Der Präventionsrat soll dabei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe entsprechende Informationen sammeln, sichten und bewerten. Darüber hinaus sollen die verschiedenen Akteure und Angebote aus diesem Themenkomplex vernetzt und so ein transparentes Informationsangebot für die Bevölkerung geschaffen werden.

### Zusammensetzung:

- 1 Vertreter/in der Polizei
- 1 Vertreter/in des Amtsgerichtes Helmstedt
- 1 Vertreter/in der Jugendgerichtshilfe
- 1 Vertreter/in Bündnis gegen häusliche Gewalt
- 1 Vertreter/in des Seniorenbeirates
- 1 Vertreter/in Schülerschaft / Stadtschülerrat
- 1 Vertreter/in der Schulen (Lehrerschaft)
- 1 Vertreter/in ASO
- 1 Vertreter Stadt HE – Amt für Sicherheit und Ordnung (beratend)
- Jede Fraktion kann darüber hinaus 1 weiteres Mitglied benennen  
(Optional! Möglichkeit zur Einbindung der Öffentlichkeit bzw. weiterer Fachleute)

(Mitgliederzahl sollte insgesamt ca. 10 betragen)

### Aufgaben:

- Handlungsschwerpunkte festlegen (z.B. soziale Entwicklung von Kindern / Jugendlichen, Migrationsprobleme, häusliche Gewalt, Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum, Barrierefreiheit ...)
- Wahl einer/s Vorsitzenden aus der Mitte des Präventionsrates zwecks Einberufung und Leitung der Sitzungen, ...
- Tagungshäufigkeit mind. 2x jährlich (grds. öffentliche Sitzungen)
- Öffentlichkeitsarbeit
- Informationsveranstaltungen
- Netzwerkarbeit
- regelmäßige Information des ASO (mind. 1x jährlich)

### Organisation

- Amtszeit entspricht der Kommunalwahlperiode (p.a. – 31.10.2016 etc.)
- „Andockung“ bei Stadt Helmstedt an das Büro des Rates  
(Protokollführung – soweit diese nicht aus den eigenen Reihen erfolgt, Einladungen sowie Protokolle versenden, Referentenanfragen, Organisation etc.)

→ Stundenzahl / Personalbudget erforderlich?

- Eigenes Budget in Höhe z.B. 300,- € (Fahrtkosten für Referenten etc.)?

Antragssteller: Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP/Bürgerforum, SPD

|                                            |
|--------------------------------------------|
| Einstimmig abgestimmt im ASO am 18.06.2015 |
|--------------------------------------------|